

Missglücktes Überholmanöver: Vier Männer tot

Schrecklicher Unfall auf der B 20 im Landkreis Straubing-Bogen – „Schwerer Einsatz für die Rettungskräfte“

Von Christoph Eberle

Ascha. Schwerer Verkehrsunfall in der Nacht auf Montag: Auf der B 20 bei Ascha (Landkreis Straubing-Bogen) ist ein mit vier Männern besetztes Auto in einen Kleintransporter gekracht – alle Insassen im Polo starben.

Nach Angaben der Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums Niederbayern waren die vier Männer gegen 1.30 Uhr auf der B 20 in Richtung Straubing unterwegs. Als sie auf Höhe Ascha einen Lkw überholen wollten, mussten sie wegen eines entgegenkommenden Kleintransporters den Überholvorgang abbrechen. Der Fahrer wollte wieder hinter dem Sattelzug einscheren. Dabei kam es zu einer Berührung zwischen dem Pkw und dem Sattelaufleger, vermutlich durch diesen Kontakt geriet der Pkw ins Schleudern. Der Transporter konnte nicht mehr

rechtzeitig anhalten und stieß gegen die Beifahrerseite des Pkw.

Bereits kurz nach der Alarmierung waren laut BRK-Kreisverband Straubing-Bogen Rettungswagen aus Straubing, Stallwang sowie den Kreisverbänden Cham und Regensburg auf dem Weg zur Unfallstelle. Notärzte kamen aus Straubing, aus dem Kreisverband Cham sowie mit dem Rettungshubschrauber Christoph aus Regensburg.

Der Polo war mit vier Männern im Alter von 20, 24, 25 und 26, wohnhaft im Landkreis Erding und in München, besetzt – laut Polizei handelte es sich um afghanische Staatsbürger. Drei der Männer starben trotz der eingeleiteten Reanimationsmaßnahmen noch an der Unfallstelle. Der Vierte wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, verstarb aber ebenfalls noch in der Nacht. Der 59-jährige Fahrer des Kleintransporters wur-



Feuerwehrlaute stehen an der Unfallstelle auf der B 20 bei Ascha, wo ein mit vier jungen Männern besetzter Polo gegen einen entgegenkommenden Kleintransporter stieß. Alle Insassen im Polo starben. – Foto: dpa

de bei dem Unfall leicht verletzt, er kam in ein Krankenhaus. Der 22-jährige Fahrer des Sattelzuges blieb unverletzt.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde zur Klärung der Unfallursache und des genauen Unfallhergangs ein Gutachter mit der Erstellung eines unfallanalytischen Gutachten beauftragt. Die Ermittlungen führt die Polizeiinspektion Bogen in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft.

Zur Unterstützung der Einsatzkräfte und der Zeugen nach dem belastenden Einsatz kam ein KIT-Team des BRK-Kreisverbands Straubing an die Unfallstelle. „Es war für unsere haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte sowie die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren ein schwerer Einsatz“, zieht der Organisatorische Leiter Jürgen Köhl Bilanz. Die B 20 war bis in den Morgen hinein gesperrt.

Ein Wettbewerb in Schiefelage

Rundholzhändler sehen sich gegen forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Nachteil

Von Stefan Rammer

Passau. Dass es dem Wald schlecht geht wegen des gehäuferten Auftretens von Kalamitäten (Stürme, Borkenkäfer) und wegen der schwindenden Resistenz gegen klima- und witterungsbedingte Einflüsse, ist hinlänglich bekannt. Dass es in der Folge auch den Waldbesitzern, Rundholzhändlern und Forstunternehmen schlecht geht, ist eine logische Konsequenz davon.

Nun beklagt Johann Ametsbichler, 1. Vorsitzender des Verbands der Rundholzhändler aus Emmering (Lkr. Ebersberg), zusätzlich massive Wettbewerbsverzerrungen im Rundholzhandel – zu Ungunsten seines Verbands und zu Gunsten von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen. „Der Wettbewerb in der Forstwirtschaft ist in eine bedrohliche Schiefelage geraten“, so der Verbandschef, der auch eine verfehlte Forstpolitik moniert.

Der Oberbayer spricht für rund 60 Kollegen seiner seit 2013 bestehenden bayernweiten Vereinigung und betont, dass faire Wettbewerbsbedingungen und ein offener Rundholzmarkt in der Forstwirtschaft seit jeher von elementarer Bedeutung seien. Der Verband befürchte jedoch, dass dies auf dem Altar des Bekenntnisses zu Waldpakterklärungen geopfert würden. Deshalb will der Verband Bedingungen schaffen, von denen alle profitieren sollen.

Für Ametsbichler ist es unangemessen, wenn forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse begünstigt würden und unter dem Privileg der Befreiung vom Wettbewerbsgesetz am Holzmarkt in einer marktführenden Rolle aktiv sein könnten. „Nicht das selbstlose Engagement bezüglich der Nachteilsbewältigung für Waldbesitzer mit Klein- und Kleinstwald hat Priorität, sondern möglichst hohe Umsätze und ökonomische Unternehmensziele.“ Aus Interessensgemeinschaften im Sinne organisierter Selbsthilfe zur Überwindung von Nachteilen bei der Bewirtschaftung kleiner Waldbesitze seien professionell geführte starke Wirtschaftsunternehmen geworden.

„Politik schätzt Situation falsch ein“

Es geht um die insgesamt 136 Waldbesitzervereinigungen (WBV) in Bayern. Ametsbichler macht deutlich: „In den gegebenen Marktpositionen müssten für die Zusammenschlüsse als Marktteilnehmer dieselben Bedingungen gelten, wie sie regelmäßig von jedem Rundholzhändler zu erfüllen sind.“ Ametsbichler wirft der



Verbandschef Johann Ametsbichler will eine fairen Wettbewerb zwischen Händlern und Waldbesitzervereinigungen erreichen. – Foto: privat

Politik vor, die Situation falsch einzuschätzen, ja nicht einmal ein offenes Ohr für die Rundholzhändler zu haben. Der Verband hat nun in einer umfangreichen Broschüre mit dem Titel „Rundholzmarkt in Bayern. Ein Wettbewerb in Schiefelage“ seine Sicht der Dinge ausführlich dargelegt. Vor allem hat er Fakten ausgebreitet, aufgrund derer die Kartellbehörde in Bayern den Wettbewerb neu bewerten kann.

Die im Sommer letzten Jahres vorgenommene Prüfung der Situation durch die Behörde, so Ametsbichler, habe auf unzureichenden Untersuchungen basiert. Die Broschüre liegt der Kartellbehörde seit Anfang Juli vor. Darin wird u. a. die Feststellung widerlegt, dass die Marktanteile der einzelnen Waldbesitzervereinigungen unter einem Prozent lägen. Der Verband hält dagegen, dass die einzelnen Zusammenschlüsse in ihren jeweiligen Regionen Marktanteile von über 40 Prozent hätten und somit eine marktbeherrschende Stellung einnähmen. Laut Ametsbichler lassen sich anhand von Belegen und de-

taillierten Quellenangaben in mehreren Fällen Grenzwertüberschreitungen im Wirkungsbereich von Zusammenschlüssen nachweisen.

Dass sich die Politiker scheuen, ihr Augenmerk auf die Thematik zu legen, erbost Ametsbichler zusätzlich. Das niederbayerische Verbandsmitglied Josef Lockinger aus Büchlberg (Lkr. Passau) meint, die zuständigen Abgeordneten hätten nicht einmal die Zeit, die Broschüre persönlich in Empfang zu nehmen. „Beschämend, traurig, fast ein Skandal“, meint Lockinger. Der Niederbayer, der wie Ametsbichler einen Familienbetrieb führt, moniert eine Praxis seitens der Forstverwaltung, den Waldbesitzern ausschließlich zu sagen: „Schau, da gibt's die WBV, die machen alles.“ Selbst im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werde auf Minister- wie Ministerial-ebene argumentiert, dass die WBV uneigennützig agieren würden, während die Rundholzhändler nur in die eigenen Taschen wirtschaften wollten. „Wir sind da ohnmächtig, haben keine Mög-

lichkeit mitzumischen. Wettbewerb ist doch nicht schädlich“, so Lockinger, der auch die enge Verflechtung zwischen Forstverwaltung und WBV kritisiert. Dabei müsse die Forstverwaltung eigentlich neutral sein.

Ametsbichler, der seit langem auf eine neutrale und objektive Beratung der Waldbesitzer durch Beratungsförster in den Forstämtern drängt, sieht in den Kooperationsverträgen eine erneute Beeinflussung und unzulässige Eingriffe in den Wettbewerb. Es mangle an einem notwendigen Ordnungsprozess und dem politischen Willen zur Beteiligung der Rundholzhändler, die ihre Gesprächsbereitschaft anböten.

Verband: Regulierung durch Kartellbehörde

Auf PNP-Anfrage im Landwirtschaftsministerium heißt es zu dem Sachverhalt lediglich, dass das Anliegen von Ametsbichler das Haus erreicht habe und man seitens der Landeskartellbehörde zu einer Stellungnahme aufgefordert worden sei. Pressesprecher Martin Hecht: „Wir bitten um Verständnis, dass wir vor Abschluss der Prüfung durch die Landeskartellbehörde keine Auskunft erteilen können.“ Die beim Wirtschaftsministerium angesiedelte Kartellbehörde teilt mit: „Aufgrund der neuerlichen Beschwerde des Verbands der Rundholzhändler e.V. Ende Juni 2020 unter Berufung auf neue Tatsachen und konkrete Einzelfälle ist die Landeskartellbehörde in eine erneute Prüfung der Problematik eingetreten.“ Weitere Auskünfte über laufende kartellrechtliche Untersuchungen könnten nicht erteilt werden.

Ametsbichler jedenfalls will hart bleiben und nicht locker lassen. Er fordert neben fairen Wettbewerbsbedingungen mehr Fördergerechtigkeit, ein strenges Kontrollmanagement und den politischen Willen zum Paradigmenwechsel. „Nach allgemeingültigen Regeln muss es in einer sozialen Marktwirtschaft die wirtschaftspolitische Aufgabe sein, Wettbewerbsbeschränkungen zu begegnen, um Leistungswettbewerb zu garantieren.“

Der Verbandchef verweist auf den wesentlichen Beitrag, den Rundholzhändler zur nachhaltigen Waldwirtschaft für Waldbesitzer und die Allgemeinheit leisten. Darauf solle die Politik Rücksicht nehmen und auf die Komponente Gleichbehandlung im System Forstwirtschaft setzen. „Jetzt liegt es an der Kartellbehörde und dem Forstministerium, wie die Weichen für den Wettbewerb und die Zukunft in der Forstwirtschaft gestellt werden.“

ÖDP: Granit nicht für Atomendlager geeignet

Passau. Die Suche nach einem Atomendlager wird konkreter: Schon Ende September wird nach Informationen der ÖDP die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bekanntgeben, ob auch Standorte in Ostbayern wie der Saldenburger Granit in Erwägung gezogen werden. Diese Frage steht im Raum, seit in den 90er Jahren in einer Voruntersuchung die dortige Granitformation als untersuchenswert eingestuft wurde. Die ÖDP hält den Standort für ungeeignet.

Der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende und Bezirksrat Urban Mangold glaubt nicht daran, „dass ausschließlich fachliche Aspekte über den Standort entscheiden, an dem die lebensbedrohenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters aufbewahrt werden.“ „Alles ist sehr undurchsichtig und wenig transparent. Ich befürchte, dass letztendlich politische Aspekte entscheiden. Man wird den Atom Müll dort vergraben wollen, wo man den geringsten Widerstand erwartet“. Deshalb will sich die ÖDP vor die Region stellen und den öffentlichen Widerspruch mobilisieren.

Der ehemalige ÖDP-Europaabgeordnete Klaus Buchner ist als Atomphysiker mit dem Thema vertraut: Dass „der zerklüftete Saldenburger Granit mit seinen wasserführenden Schichten geologisch völlig ungeeignet ist“, steht für ihn außer Frage. Buchner hält die Rückholbarkeit des Atom Mülls für „zwingend notwendig“. In Gorleben seien beispielsweise eingelagerte Castorbehälter bereits verrostet. – pnp

Gesichtsrose von Benedikt XVI. klingt ab



Auf dem Weg der Besserung: Benedikt XVI. – lby

Rom. Dem an einem schmerzhaften Hautausschlag im Gesicht leidenden Benedikt XVI. geht es nach Auskunft seines persönlichen Sekretärs Georg Gänswein wieder besser. Der Kurienersbischof sagte dem „Südkurier: „Die Krankheit ist am Abklingen.“ Bei dem emeritierten Papst werden seit voriger Woche „die Medikamente zurückgefahren“, berichtete Gänswein bei einer Kulturveranstaltung im Schwarzwald. Dort verbringe der langjährige Sekretär von Benedikt seinen Urlaub. Der 93-Jährige litt laut Gänswein seit dem Besuch am Sterbepflege seines Bruders Georg Ratzinger Mitte Juni in Regensburg an der Viruserkrankung. „Nach dem Tod des Bruders kamen die Schmerzen“, sagte Gänswein zur Infektion, „die sehr schmerzhaft ist, aber nicht zum Tode führt“. Von der Gesichtsröte, einer Form der Gürtelrose, sei vor allem die rechte Gesichtshälfte betroffen. „Das sind Schmerzen, die ich meinem ärgsten Feind nicht wünsche“, so Gänswein. Schon in der Vorwoche hatte der Vatikan von einer „schmerzhaften, aber nicht ernsthaften Krankheit“ berichtet. – lby

Ammoniumnitrat: 5000 Tonnen importiert

Industrievertreter sehen keine Gefahr

München. Nach Bayern sind im vergangenen Jahr rund 5000 Tonnen reines Ammoniumnitrat importiert worden. Es findet etwa in Sprengstoffen Verwendung. Wie viel davon exportiert wurde, ist unklar. Da Angaben zu Ausfuhren des Stoffs Auskunft über den Handel einzelner Unternehmen erlauben, unterliegen diese Angaben der Geheimhaltung, so das Statistische Landesamt in München.

Die größte Bedeutung hat der Stoff im Freistaat jedoch als Bestandteil von Düngemitteln. So wurden im Berichtsjahr 2018/2019 rund 184 300 Tonnen stickstoffhaltige Dünger in Bayern verkauft. Darunter waren 67 500 Tonnen des Stickstoffdüngers Kalkammonsalpeter und 3400 Tonnen Ammoniumnitrat-Harnstoff-Lösungen. Branchenvertre-

ter der Agrar- und Chemieindustrie in Frankfurt sehen nach der Explosion in Beirut keine Gefahr durch den Stoff Ammoniumnitrat in Bayern. Die in Deutschland produzierten ammoniumnitrat-haltigen Düngemittel seien weder explosionsfähig noch selbstentzündlich, so eine Sprecherin vom Verband der Chemischen Industrie. Ein vergleichbar schweres Unglück mit Ammoniumnitrat wie aktuell in Beirut sei in Deutschland nicht vorstellbar. Zudem gibt es für ammoniumnitrat-haltige Düngemittel rechtliche Vorgaben für den Verkauf etwa an Landwirte. In der libanesischen Hauptstadt Beirut waren bei einer Explosion im Hafen mehr als 160 Menschen gestorben. Als mögliche Ursache gilt unsachgemäß gelagertes, hochexplosives Ammoniumnitrat. – lby